Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 25.04.2023

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen
/Beiräte
Bearbeiter/in: Mitglied der
Stadtvertretung Martin
Molter
Telefon:

**Antrag
Drucksache Nr.**

00808/2023

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Prüfantrag | Baugebot zur Schließung von Baulücken in der Schweriner Innenstadt

Beschlussvorschlag

In der Schweriner Innenstadt finden sich etliche offene Baulücken bzw. unbebaute Grundstücke vor leeren Giebelwänden in ansonsten geschlossenen Straßenzügen. Zur Förderung eines attraktiven Stadtbildes und einer nachhaltigen Innenentwicklung wäre eine alsbaldige Schließung dieser Baulücken erforderlich.

Der Oberbürgermeister möge daher prüfen:

Welche Baulücken bzw. welche unbebauten Grundstücke in ansonsten geschlossenen Straßenzügen der Schweriner Innenstadt wurden bisher erfasst?

Bestehen nach Erörterung mit den Betroffenen triftige Gründe gegen eine zeitnahe Bebauung dieser Grundstücke bzw. gegen ein mögliches Baugebot nach § 176 Abs. 2 BauGB?

Welche Finanzierungsmöglichkeiten aus öffentlichen Kassen bestünden für die Unterstützung bei der Schließung von Baulücken in der Innenstadt?

Bei welchen Baulücken wäre den jeweiligen Eigentümern eine Bebauung wirtschaftlich nicht zuzumuten?

Welche Baulücken könnten ohne Beeinträchtigung des Stadtbildes ggf. unbebaut bleiben und wären nicht aus städtebaulichen Gründen in absehbarer Zeit zu schließen?

Wäre die Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH innerhalb angemessener Frist im Sinne des § 176 Abs. 4 Satz 2 BauGB in der Lage, im Einzelfall ein mögliches Baugebot zur Schließung von Baulücken zu erfüllen, sofern die Eigentümer hierzu wirtschaftlich nicht in der Lage sein sollten?

Beschlussvorschlag

Wie viele Baugebote im Sinne von § 176 Abs. 2 BauGB wurden durch die Landeshauptstadt Schwerin in den vergangenen 25 Jahren bereits angeordnet?

Begründung

Laut dem Schweriner Leitbild 2030 zeigt sich im Stadtbild eine beeindruckende Baukultur. Unser Stadtbild ist in seinem historischen Kern durch einen außergewöhnlichen, geschlossenen Altbaubestand aus dem 18. und 19. Jahrhundert geprägt. Die vorhandenen Baulücken in den ansonsten geschlossenen Straßenzügen stören dieses Stadtbild. Der Gesetzgeber hat den Gemeinden diesbezüglich die Möglichkeit eröffnet, den Eigentümern durch Verwaltungsakt ein Baugebot nach § 176 BauGB aufzuerlegen. Diese Möglichkeit könnte eventuell noch stärker ausgeschöpft werden.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Martin Molter
Mitglied der Stadtvertretung